

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 10

Artikel: Vollbeschäftigung und Währungspolitik
Autor: Mises, Ludwig von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160583>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VOLLBESCHÄFTIGUNG UND WÄHRUNGSPOLITIK

VON LUDWIG VON MISES

I.

Zum jeweiligen Marktpreis können alle diejenigen verkaufen, die bereit sind, sich mit ihm zu begnügen, und alle diejenigen kaufen, die bereit sind, ihn auszulegen. Wenn Waren unverkauft bleiben, ist es nicht auf «Unverkäuflichkeit» zurückzuführen, sondern auf spekulative Zurückhaltung von seiten ihrer Besitzer. Die Besitzer erwarten, daß sie später einen günstigeren Preis werden erzielen können.

Das ändert sich, sobald Gewalt die Gestaltung der Marktpreise durch Zwangsmaßnahmen zu beeinflussen sucht. Wenn die Regierung Mindestpreise festlegt, die höher sind als die potentiellen Marktpreise, und Befolgung ihrer Dekrete erzwingt, bleibt ein Teil der von den Verkaufslustigen zum gesetzlichen Mindestpreis angebotenen Vorräte unverkauft. Das ist allgemein bekannt. Wenn daher eine Regierung den Preis einer Ware über den potentiellen Marktpreis hinauftreiben will, greift sie nicht einfach zur Festsetzung von Mindestpreisen. Sie sucht die auf dem Markte ausgebotene Menge zu verringern, z. B. indem sie selbst durch Ankauf oder durch Gewährung billiger Darlehen beträchtliche Vorräte aus dem Verkehr zieht.

All das gilt auch von der Arbeit. Zum Marktlohn kann jeder, der Beschäftigung sucht, Arbeit und jeder, der Leute beschäftigen will, Arbeiter finden. Auf dem unbehinderten Arbeitsmarkte streben die Löhne stets Vollbeschäftigungssätzen zu.

Die Marktlöhne steigen, wenn die Grenzproduktivität der Arbeit die Grenzproduktivität der Kapitalgüter überflügelt, oder, einfacher ausgedrückt, wenn die auf den einzelnen Arbeiter entfallende Kapitalmenge vergrößert wird. Das kann entweder durch die Akkumulation von neuem Kapital bewirkt werden oder durch Verringerung der Arbeiterzahl. Vergrößerung der Kapitalmenge ist das Ergebnis von Sparen und Investie-

ren des Ersparten. Verringerung des Angebots auf dem Arbeitsmarkte kann durch Beschränkung der Zuwanderung bewirkt werden. Im Zeitalter des Liberalismus waren der Wanderungsfreiheit praktisch keine Schranken gesetzt. Im Zeitalter der Sozialpolitik und der Gewerkschaften haben nahezu alle Staaten die Einwanderung entweder ganz verboten oder — wie z. B. die Vereinigten Staaten und andere amerikanische Republiken — kontingentiert. Darüber hinaus suchen die amerikanischen Gewerkschaften das Arbeitsangebot in verschiedenen Teilen des Arbeitsmarkts dadurch zu verknappen, daß sie Neger von vielen Verwendungen ganz ausschließen und den Zuzug von Neulingen in manchen Berufen beträchtlich erschweren.

Man muß immer wieder betonen, daß nur solche «künstliche» oder «institutionelle» Verringerung des Angebots von Arbeit es den Gewerkschaften ermöglicht, die Marktlohnsätze zu erhöhen. Der Erfolg, den die Gewerkschaften damit erzielen, geht auf Kosten der ausgeschlossenen Arbeiter, die gezwungen werden, auf Gebieten Arbeit zu suchen, in denen die Löhne niedriger sind als die, welche sie auf dem ihnen verbotenen Felde hätten verdienen können.

Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter, wie sie heute besteht, ist das Ergebnis einer langen Entwicklung. Im Anfang waren nur wenige Zweige organisiert, meistens die der bestgestellten gelernten Arbeiter. Die Lohnsteigerungen, welche die organisierten Arbeiter damals über die potentielle Markthöhe hinaus erzielten, verminderten die Nachfrage nach Arbeit in dem betroffenen Produktionszweige. Leute, die unter anderen Umständen Beschäftigung in diesem Zweige gefunden hätten, wurden genötigt, sich anderen Arbeiten zuzuwenden. Sie vergrößerten damit das Angebot in diesen anderen Zweigen und drückten auf die in ihnen gezahlten Lohnsätze. Der Erhöhung der Lohnbezüge der Gewerkschaftsmitglieder stand ein Druck auf die Bezüge der nichtorganisierten Arbeiter gegenüber. In dem Maße, in dem die gewerkschaftliche Organisation allgemeiner wurde, wurde es für die, welche durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften arbeitslos geworden waren, immer schwerer und schließlich unmöglich ein Unterkommen zu finden. Sie blieben arbeitslos. Wo immer es den Gewerkschaften gelungen war, die Lohnsätze über den potentiellen Marktsatz hinaus zu erhöhen, d. h. über das hinaus, was die Arbeiter auch ohne Dazutun der Gewerkschaften erhalten hätten, entwickelte sich «institutionelle» Arbeitslosigkeit als eine dauernde Erscheinung.

II.

Die Wortführer der Gewerkschaften haben nie versucht, eine national-ökonomische Erklärung der Lohngestaltung zu geben. Wenn man ihre Äußerungen studiert, muß man zur Annahme gelangen, daß Willkür al-

lein die Höhe der gezahlten Löhne bestimmt. Die Unternehmer haben die Macht, die Löhne herabzusetzen, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben die Macht, sie zu erhöhen; es kommt nur darauf an, wessen Macht größer ist.

Der naive Gewerkschafter sieht nicht, daß die Arbeiter, welche die Löhne empfangen, zugleich auch die Konsumenten sind, aus deren Taschen die Löhne gezahlt werden. Er klagt über die Ungerechtigkeit, die er darin findet, daß der Kinostar und der Preisboxer hundertmal mehr für ihre Arbeit erhalten als der Fabrikarbeiter und die Scheuerfrau. Er beachtet nicht, daß er selbst und seinesgleichen die Verantwortung für diese Ungleichheit tragen. Ein Unternehmer kann einem Arbeiter nicht mehr zahlen als er von den Käufern zu Erlösen erwartet für das, was die Arbeit dieses Mannes geleistet hat. Das müssen schließlich auch die fanatischsten Anhänger der Ausbeutungstheorie einsehen. Sie müssen zugeben, daß es eine Höhe der Lohnsätze gibt, bei der Arbeitslosigkeit eines beträchtlichen Teiles der Arbeitsuchenden eintreten muß.

Die auf dem Sondereigentum an den sachlichen Produktionsmitteln und der Arbeitsteilung beruhende Wirtschaftsordnung wird letzten Endes durch das Verhalten der Verbraucher, d. i. aller, gelenkt. Indem sie kaufen oder vom Kaufen absehen, bestimmen die Konsumenten was, wie und in welcher Menge produziert werden wird; sie lassen Gewinne und Verluste entstehen und führen damit die Verfügung über die sachlichen Produktionsmittel in die Hände jener Unternehmer, Kapitalisten und Grundeigentümer über, die sie am besten und billigsten zur Befriedigung der dringendsten unter ihren (nämlich: der Konsumenten) Bedürfnissen zu verwenden wissen. Eigentum an Produktionsmitteln ist in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ein Mandat, das von den Verbrauchern auf Widerruf erteilt wird. Ein täglich wiederholtes Plebiszit weist jedem einzelnen den Platz zu, auf dem er zu wirken hat. Das Marktgetriebe gibt der Wirtschaft Sinn und Ordnung.

Der einzelne empfindet die Notwendigkeit, sich der Marktlage anzupassen, statt seinen Wünschen und Neigungen freien Lauf zu lassen, als Härte. Doch man muß sich darüber klar sein, daß die unermesslichen Vorteile, die das Leben in Gesellschaft und die Kooperation in gesellschaftlichen Verbänden dem einzelnen gegenüber einer (zwar schwer vorstellbaren, doch immerhin denkbaren) Methode individueller Nahrungssuche durch selbstgenügsame Einzelgänger geben, durch ein Opfer erkauft werden müssen. Wie immer die gesellschaftliche Wirtschaft organisiert sein mag, sie muß immer den Menschen hindern, sich völlig frei, d. h. ohne auf die Existenz anderer Rücksicht zu nehmen, auszuleben. Die Alternative zur Hegemonie des Marktes im Kapitalismus ist nicht etwa absolute Freiheit, sondern bedingungslose Unterwerfung aller unter die Kommandogewalt des sozialistischen Staates.

Die Wirtschaft muß in der Lage sein, die Arbeitskräfte jenen Ver-

wendungen zuzuführen, in denen sie am meisten benötigt werden, und sie aus jenen herauszuziehen, in denen sie weniger benötigt werden. Der Arbeitsmarkt erfüllt diese Aufgabe, indem er die Löhne in sich ausdehnenden Produktionszweigen erhöht und in schrumpfenden sinken läßt. Die Alternative ist Zuteilung der Arbeitsplätze durch obrigkeitlichen Befehl.

Die Tyrannei des Arbeitsmarktes ist milder als die der sozialistischen Kommandantur. Sie gewährt dem betroffenen einzelnen einen Spielraum, innerhalb dessen er den Gehorsam verweigern darf und kann. Wenn er bereit ist, sich mit niedrigeren Bezügen zu begnügen, kann er sich Berufen zuwenden, in denen er für seine Ideale wirken kann, oder auch solchen, die seiner Faulheit zusagen. Doch der Befehl des sozialistischen Diktators duldet keine Widerrede.

III.

Es gibt nur *ein* Mittel zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit, die als Dauer- und Massenerscheinung auftritt, nämlich die Wiederherstellung der Freiheit des Arbeitsmarkts. Andauernde Massenarbeitslosigkeit ist immer institutionellen Ursprungs, die Folge der Festsetzung von Mindestlohnsätzen, die höher sind als die potentiellen Marktlohnsätze, zu denen alle Arbeitsuchenden Beschäftigung finden könnten. Es macht dabei keinen Unterschied, ob diese Mindestlohnsätze direkt von der Regierung festgesetzt wurden oder indirekt dadurch, daß die Regierung nicht gewillt ist, den Unternehmungen und den arbeitswilligen Arbeitsuchenden Schutz gegen Gewalttätigkeiten der Gewerkschaften zu gewähren.

Die politische Macht der Gewerkschaften konnte die unbefangene Erörterung dieser Dinge verhindern. Doch sie konnte nicht die unerwünschten Folgen der Gewerkschaftspolitik aus der Welt schaffen. In vielen Ländern Europas wurde die Massenarbeitslosigkeit in den zwanziger Jahren immer mehr zum Hauptproblem der Politik. Es war klar, daß es so nicht weitergehen konnte. Etwas mußte geschehen. Kluge Politiker glaubten einen Ausweg gefunden zu haben. Da man an den Gewerkschaften und den von ihnen diktierten Lohnsätzen nicht rühren durfte, griffen sie nach der Währung. England ging 1931 voran. Ziemlich bald folgten die andern Staaten.

Das Mittel wirkte für den Augenblick. Es verging eine gewisse Zeit, ehe die Gewerkschaften anfangen, der Senkung der Kaufkraft der Geldeinheit voll Beachtung zu schenken. Als der Index der Lebenshaltungskosten in den Mittelpunkt der Lohnverhandlungen rückte, war es um die währungspolitische Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems geschehen.

IV.

Gerade als es soweit gekommen war, trat Keynes mit seiner Heilsbotschaft hervor, die alle vorangegangene Nationalökonomie — einschließlich der früheren Werke von Keynes selbst — umstürzen wollte. Ganz im Gedankengang der Politiker, die 1931 die englische Goldwährung zerstört hatten, und ihrer Nachahmer führte er aus, daß allmähliche «automatische» Senkung der Reallöhne, die als Folge der Senkung der Kaufkraft der Geldeinheit auftritt, weniger Widerstand finden werde als Bestrebungen zur Minderung der Nominallöhne. Das entsprach jedoch 1936, als Keynes' Buch erschien, nicht mehr den Tatsachen.

Keynes' Buch von 1936 und seine späteren Schriften unterscheiden sich kaum von der umfangreichen inflationistischen Literatur, die sich seit mehr als hundert Jahren über die Welt ergießt. Gleich den Verfassern aller dieser Schriften sucht Keynes alle, die nicht seiner Meinung sind, als «orthodox» abzutun ohne auch nur zu versuchen, ihre Lehren sachlich und kritisch zu widerlegen. Er hat dem Welterlösungsjargon dieser «monetary cranks» Eingang in die Amtssprache der Diplomatie verschafft, so wenn er in dem britischen Dokument, das die Aktion einleitete, die zur Errichtung des Internationalen Währungs-Fonds führte, der Kreditausweitung die Kraft zuschrieb, ein «Wunder» zu bewirken, nämlich «Steine in Brot zu verwandeln». Er hat aber keinen neuen Gedanken den alten, längst widerlegten Argumenten der Inflationisten hinzuzufügen gewußt. Er hat nur ein Schlagwort geprägt: Vollbeschäftigung. Um dieses Wort herum haben die Politiker nach dem Ende des zweiten Weltkriegs eine Doktrin gebaut, welche die Wirtschaftspolitik der Gegenwart beherrscht.

Diese Doktrin lehrt, daß der Kapitalismus notwendigerweise Massenarbeitslosigkeit erzeugt und die Arbeitslosen mitleidlos dem Elend preisgibt (schon das Kommunistische Manifest hatte gesagt, daß die Bourgeoisie «unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern»). Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, müsse man den Leuten mehr Geld in die Hand geben und damit die «effektive» Nachfrage erhöhen. Es sei verfehlt, Vermehrung der Geldmenge, die diesem Zwecke dienen soll, Inflation zu nennen. Die ärgsten Feinde der Kultur, der Menschheit, der Wohlfahrt und der Arbeiter seien die wenigen überlebenden, hoffnungslos orthodoxen Reaktionäre, die von Wiederherstellung der Goldwährung faseln.

Die amerikanische Politik wird ganz von diesen Ideen geleitet. Die Gewerkschaften können ihre Lohnforderungen immer durchsetzen, weil die Gesetze sie privilegiert haben und weil die Regierung bereit ist, zu ihren Gunsten einzugreifen (dabei macht es nur einen recht geringen Unterschied aus, ob die Exekutive in der Hand eines Republikaners oder eines Demokraten liegt). In regelmäßigen Intervallen verlangen die Ge-

werkschaften Lohnerhöhungen. Die Arbeitgeber sind genötigt, nachzugeben. Sobald die dadurch bewirkte Verschlechterung des Geschäftsganges anfängt zu Entlassungen von Arbeitern zu führen, fordert die öffentliche Meinung ungestüm mehr «billiges» Geld. Die Regierung pflegt nach einigem Zögern nachzugeben und einen Druck auf den Federal Reserve Board auszuüben.

Man muß jedoch feststellen, daß es noch immer eine kleine, aber durch Sachkenntnis ausgezeichnete Gruppe gibt, die sich den inflationistischen Bestrebungen ernstlich widersetzt. Dazu gehören einige wenige Journalisten, eine kleine Zahl von Geschäftsleuten und, erfreulicherweise, auch mehrere Mitglieder des Federal Reserve Board. Diese kleine Schar ist nicht stark genug, der verderblichen Finanzpolitik ein Ende zu bereiten. Doch ihre Argumente haben in den letzten Jahren, besonders unter dem Eisenhower-Regime, doch den Erfolg gehabt, die Kreditausweitung in engen Grenzen zu halten. Es ist allein diesen Warnern zu danken, daß die Vereinigten Staaten, das reichste Land der Welt, bisher den verderblichen Weg schrankenloser Inflation vermieden haben.

Die Größe dieses Erfolges kann man nur würdigen, wenn man die Heftigkeit der proinflationistischen Propaganda der Universitätslehrer und der «fortschrittlichen» Politiker und Journalisten beachtet. Die Äußerungen, die von diesen Seiten kommen, sind erstaunlich. So erklärte ein Funktionär eines der größten Einzelhandelskonzerne der Welt in einem Vortrag, den er in seiner damals innegehabten Würde als Chairman der Federal Reserve Bank of New York, der wichtigsten Bank Amerikas, hielt: «Jeder souveräne Staat, der über eine Institution von der Art einer modernen Zentralbank verfügt und dessen Währung weder in Gold noch in irgend eine andere Ware einlösbar ist, genießt volle Unabhängigkeit vom inländischen Geldmarkte.» Der Vortrag führte bezeichnenderweise den Titel: Besteuerung ist als Einnahmequelle veraltet. Im gleichen Sinn setzte ein Professor in einem umfangreichen Werk auseinander, daß der Staat alles Geld, das er benötige, drucken könne; Zweck der Besteuerung sei daher nicht etwa, Mittel für die Bestreitung von Ausgaben zu beschaffen, sondern weniger Geld in den Händen der Steuerzahler zu belassen.

Die Schwäche der kleinen Gruppe, die für gesunde Währungspolitik eintritt und alle inflationistischen Abenteuer bekämpft, liegt in der Scheu, das Vollbeschäftigungsargument systematisch anzugreifen. Wie man es anfangen soll, wenn man die öffentliche Meinung darüber aufklären will, ist freilich schwer zu sagen. Es gibt zwar Männer, die den Mut haben, im Dienste der Wahrheit ihre Karriere und selbst ihre persönliche Sicherheit aufs Spiel zu setzen. Doch es gibt keine Zeitung und keine Verleger, die es wagen würden, Lehren zu verbreiten, die das Gewerkschaftswesen als solches *prinzipiell* kritisieren. Auch die Journalisten, die gelegentlich Unterschleife und Erpressungen individuell be-

zeichneter Gewerkschaftsfunktionäre zu enthüllen wagen, betonen immer, daß sie das Vorgehen der Gewerkschaften als eine dem Wohle der Arbeiter und des ganzen Volkes dienende Politik ansehen und die Gewerkschaften nur von unsauberen Führern befreien wollen. Solange diese Ideen vorwalten, scheitern selbst bescheidene Versuche, an den Privilegien zu rühren, welche die Roosevelt-Ära den Gewerkschaften verliehen hat. Vom Schutz der Unternehmungen und der Arbeitswilligen gegen Gewalttaten ist überhaupt nie die Rede.

Auf der letzten Generalversammlung des Internationalen Währungsfonds wurde viel von der Inflationsgefahr gesprochen. Nun, um diese Gefahr zu bekämpfen, genügt es heute nicht mehr, auf besseres Verständnis der währungspolitischen Probleme hinzuarbeiten. Man muß die öffentliche Meinung auch über den Unsinn jener Vollbeschäftigungs-Lehre aufklären, die heute die Richtschnur aller Regierungen und politischen Parteien bildet.

AKTUELLE FRAGEN ZUM PREIS-LOHN-PROBLEM

VON WALTER SCHWEGLER

Behörden, Presse und weitere öffentliche Kreise befassen sich seit einiger Zeit in zunehmendem Maße mit der Entwicklung der Preise und Löhne in unserem Lande. Aber auch in breiteren Schichten der Bevölkerung beschäftigt man sich mit dieser Frage, nicht ohne Sorge darüber, daß die Preise innert eines Jahres zum Teil fühlbar teurer geworden sind. In Gesprächen und Diskussionen über das Preis- und Lohnproblem rücken die Aspekte des Geldwertes und der Währung in den Vordergrund. Im Publikum verbreitet sich das allmähliche Gefühl, daß es sich dabei nicht mehr bloß um gelegentliche kleinere und größere Preiserhöhungen handelt, sondern daß es um mehr geht, nämlich um eine andauernde Schwächung der Kaufkraft des Geldes und damit um die Gefährdung eines hohen Gutes unserer Wirtschaft. Diese gefühlsmäßige Reaktion in der Bevölkerung ist verstärkt worden durch den Umstand, daß Berichte über die wirtschaftliche Entwicklung in andern Ländern mehr und mehr unter dem Stichwort «Inflation» erscheinen und daß auch bei uns in wirtschaftlichen Betrachtungen öfters von Inflation und inflationistischen Tendenzen gesprochen wird. Ist es da verwunderlich, wenn